



Wir dokumentieren hier den [offenen Brief der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten](#) in Bayern zur Absegnung der großen Koalition durch den DGB-Vorsitzenden Hoffmann. Ähnliche Äußerungen gibt es auch von anderen Gewerkschaftsgliederungen aus Bayern.

Die NGG Bayern positioniert sich mit diesem offenen Brief an den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann zur Diskussion um die Frage, inwieweit die vorliegende Sondierung von Union und SPD Anlaß zur Hoffnung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geben kann und verknüpft dies mit einer Fragestellung zum Selbstverständnis des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften:

NGG Bayern | Schwanthalerstr. 64 | 80336 München

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Herrn Reiner Hoffmann
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

München, 17.01.2018

Lieber Reiner,

du hast am 15.01.2018 dem TV-Sender Phoenix ein vielbeachtetes Interview gegeben, in dem du dafür plädiert, „den Weg für Koalitionsverhandlungen nicht zu verschließen, sondern die Chance, die darin liegt, auch zu nutzen.“ Es seien „deutliche Vorteile für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erkennen“, vergleiche man die Sondierung mit den Ergebnissen der Jamaika-Verhandlungen.

Grundsätzlich ist die Aussage, dass man in Verhandlungen mehr erreichen kann als wenn man sie nicht führt, richtig.

Deutlich auseinander liegen wir aber bei der Einschätzung, ob es sich wirklich auf der Grundlage dieses Sondierungspapiers um eine „Chance für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ handelt. Hier lohnt der Blick in das Sondierungspapier, im Vergleich zu unserem gewerkschaftlichen Forderungskatalog zur Bundestagswahl 2017. Ja, die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenkassen ist ein richtiger Schritt.

Und? Was eigentlich noch?

Wenn wir das Sondierungspapier lesen, sehen wir, dass in faktisch allen anderen Bereichen gravierende Leerstellen dominieren. Sehen wir mal davon ab, dass die hochgejubelte Rückkehr zur Parität keine Vollständige ist, da der Komplex der Zuzahlungen beispielsweise vollständig unberücksichtigt bleibt: Was genau lässt sich noch als Erfolg für die SPD verbuchen und als „Chance für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“?

Eines der wichtigsten Instrumente zum Stopp der Umverteilungssorgie von unten nach oben ist die Steuerpolitik. ALLE unsere diesbezüglichen gewerkschaftlichen Forderungen, von der Erhöhung des Spitzensteuersatzes bis zur Vermögenssteuer, sind derart unberücksichtigt, dass uns rätselhaft bleibt, woher der Optimismus rührt, dass zu diesem Themenkomplex in Koalitionsverhandlungen noch einmal Bewegung zu erwarten wäre. Und das betrifft viele weitere Punkte: Sachgrundlose Befristungen bleiben legal. Die Eindämmung der Werkverträge, Verbote von OT-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden, Erleichterung der

Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen – kein Wort dazu im Sondierungspapier. Die Beendigung der Repression durch Hartz IV, geeignete Maßnahmen zum effektiven Abbau der Langzeiterwerbslosigkeit, die leichtere Vereinbarkeiten von Familie und Beruf – nichts dazu.

Eine signifikante

Erhöhung des Mindestlohnes einschließlich des Abschaffens der bisherigen Ausnahmen, die Ausweitung der Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Angelegenheiten – alles das und noch einiges mehr, was für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

eine spürbare Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen bedeuten würde – Fehlanzeige im Sondierungspapier. Und wir vermuten: ebenso Fehlanzeige in einem Koalitionsvertrag.

Die Exzesse, die der Wirtschafts- und Finanzkrise vorausgingen, können ungebremst weiter gehen, CETA wird als Bollwerk der Rechte der Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer gefeiert. Wir alle sind mit klaren Forderungen zur Zukunft der Rentenversicherung angetreten. Weder die Mindestrente mit signifikantem Abstand zur Grundsicherung noch die Forderung nach breiterer Basis der Einzahlenden finden sich in dem Sondierungspapier. Das zukünftige Rentenniveau soll unterhalb unserer Forderung und nur bis zum Jahr 2025 abgesichert sein. Bezahlbarer Wohnraum für alle, die Bürgerversicherung, die Stärkung der Pflegeberufe über die Stärkung der Ausbildung und die Einführung eines Pflegemindestlohns – dazu findet sich nichts oder nur in

schwachen Dosierungen im Sondierungspapier von CDU, CSU und SPD. Die Privatisierung der Daseinsvorsorge wird nicht nur nicht gestoppt und umgekehrt, sondern soll weiter fortgesetzt werden. Kostenlose Bildung von der Kita bis zur Uni,

pädagogische Ganztagsbetreuung und die Aufwertung der Berufe im Erziehungsbereich sind in weite Ferne gerückt.

Anstatt geschlossen dem zum Teil offenem Rassismus in der Gesellschaft mit Haltung entgegenzutreten, wird der entsolidarisierenden CSU-Politik der Obergrenze für

Flüchtlinge in der Sondierung erstaunlich weitgehend entsprochen. Damit wird das gewerkschaftliche Prinzip der Solidarität in einer Art und Weise angegriffen, die für sich genommen schon allein eine Aufforderung an die SPD zu Koalitionsverhandlungen von unserer Seite verunmöglichen müsste.

Aber selbst wenn wir unterschiedliche Einschätzungen haben zur Frage der „Chance für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ durch Koalitionsverhandlungen: Wir sind die, die wir sind. „Hütet die Einheit wie euren eigenen Augapfel.“ Hans Böcklers Satz, gesprochen vor dem Trümmerberg des zweitens Weltkrieges, ist aktuell wie eh und je. Er ist gespeist von der bitteren Erkenntnis, dass die deutsche Gewerkschaftsbewegung die Machtübernahme des Nationalsozialismus mit seinen verheerenden Folgen infolge ihrer Uneinigkeit nicht hat verhindern können. Vor diesem Hintergrund halten wir, die

Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten im Landesbezirk Bayern, den von dir vorgenommenen Eingriff in die aktuelle Debatte der SPD für äußerst problematisch. Wir sind stattdessen der festen Überzeugung, dass wir unsere Inhalte, die bei den aktuellen politischen Mehrheitsverhältnissen immer den Charakter von Forderungen haben werden, klar und akzentuiert an jedwede zukünftige Regierungskoalition richten müssen.

Wenn wir dies nicht tun, und dies ist unser wichtigster Antrieb für diesen offenen Brief des NGG-Landesbezirksvorstands Bayern, schaffen wir eine erhebliche und für uns politisch brisante Distanz zu einem überwiegenden Teil unserer Mitgliedschaft. In den letzten Tagen erleben wir von unseren Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben enorme Irritationen zu deinem Debattenbeitrag.

Unsere Aufgabe ist, zu sein, wer wir sind. Wir haben uns, egal gegenüber welcher Regierung, für unsere Interessen einzusetzen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir müssen die Kämpfe dieser Zeit annehmen und Solidarität, unsere einzige politische Option, organisieren.

Einheitsgewerkschaft zu sein heißt in diesem Sinne, den schweren Weg zu beschreiten, parteipolitisch ungebundene KollegInnen, ebenso wie parteipolitisch aktive KollegInnen bei Linken, Grünen, Union und SPD hinter unserem gemeinsamen Programm zu vereinen. Einheitsgewerkschaft zu sein heißt für uns, zu akzeptieren, dass auch innerhalb der Mitgliedschaft der DGB-Gewerkschaften legitime Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Neuauflage einer Großen Koalition auf Grundlage des vorliegenden Sondierungspapiers bestehen.

Wir verstehen diesen Brief als Einladung für eine offene Debatte zum aktuellen Thema der Regierungsbildung und zugleich zu unserem Selbstverständnis als Gewerkschaftsbewegung.

Wir freuen uns auf deine Antwort.

Der Landesbezirksvorstand der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten Bayern
[# DGB](#)

Ä